

EU will digitalen Euro, Deutlicher Rückgang bei Corona-Neuinfektionen, Pfand für To-go-Bestellungen

EU will den digitalen Euro

Um die europäische Währung weltweit zu stärken, fordert die EU-Kommission eine Einführung des digitalen Euros. Valdis Drombrowskis, Vizepräsident der EU-Kommission, sagte am Mittwoch in Brüssel: „*Wir brauchen einen digitalen Euro. Das erfordert die Digitalisierung der Wirtschaft und des Finanzwesens.*“ Dennoch soll der digitale Euro das Bargeld nur ergänzen, aber nicht ersetzen. Die EU-Exekutive erwartet die Einführung des digitalen Euros in den nächsten Jahren. Einen genauen Zeitplan wollte der Vertraute von Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen aber nicht nennen. ([Handelsblatt](#))

Deutlicher Rückgang bei Corona- Neuinfektionen

Der Trend zeigt klar nach unten auch wenn das RKI immer noch mehr als 20.000 Neuinfektionen mit dem Coronavirus binnen eines Tages meldete. Dennoch: Die Zahl der Corona-Neuinfektionen in Deutschland ist zuletzt deutlich gesunken. Das RKI gab die 7-Tage-Inzidenz mit 119,0 an – das ist der niedrigste Wert seit dem 01. November 2020. Die 7-Tage-Inzidenz, also die Zahl der an die Gesundheitsämter gemeldeten Neuinfektionen pro 100.000 Einwohner und Woche, war in den vergangenen zehn Tagen kontinuierlich gesunken. ([Tagesschau](#))

Pfand für To-go-Bestellungen

Eine gute Nachricht für den Umweltschutz in Deutschland: Restaurants und Cafés müssen Speisen und Getränke zum Mitnehmen künftig auch in wiederverwendbaren Verpackungen anbieten. Zudem wird die Pfandpflicht für Einwegflaschen ausgeweitet. Das bedeutet konkret, dass wer Speisen und Getränke zum Mitnehmen bestellt, soll bei der Verpackung künftig die Wahl haben. Das Bundeskabinett hat eine Novellierung des Verpackungsgesetzes beschlossen, die unter anderem Mehrweg-Alternativen für Plastikbecher oder Styroporschalen ab 2023 vorsieht. Außerdem müssen Plastikflaschen ab 2025 mindestens zu einem Viertel aus recyceltem Kunststoff bestehen. Das neue Verpackungsgesetz solle Anfang Juli 2021 in Kraft treten. Bis dahin müssen Bundestag und Bundesrat zustimmen. ([Spiegel Online](#))